44. Jahrgang. Bochum, den 29. Oktober 1932. Nummer 44.

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. ◆ Anzeigenannahme: Inseraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ◆ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ◆ Postscheck-Konto Hannover Nr. 57613. ◆ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ◆ Tel.-Nr. 608 21. ◆ Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

An die deutschen Bergarbeiter!

Kameraden! Am 6. November hat die deutsche Arbeiterschaft eine wichtige politische Entscheidung zu fällen. Der vor etwa drei Monaten gewählte Reichstag erwies sich als arbeitsunfähig. Die Diktaturparteien, die Nationalsozialisten und Kommunisten, verfügten in dem aufgelösten Reichstage über eine Mehrheit. Die Folge davon ist, daß die reaktionäre Papen-Regierung auch heute noch amtiert.

Die deutschen Wähler haben deshalb am 6. November erneut darüber zu entscheiden, ob nunmehr ein arbeitsfähiges Parlament zustande kommt. An diesem Volksentscheid liegt es, ob künftighin die Staatsgewalt vom Volke ausgeht oder ob durch einen neuen Sieg der antiparlamentarischen Diktaturparteien das Regierungsruder einer adligen Herrschaftsclique überlassen bleibt.

Von der politischen Entscheidung am 6. November wird es abhängen, ob der Reichstag wieder eine soziale Gesetzesschmiede wird oder ob eine volksfremde Herrenschicht, gestützt auf die Unfähigkeit des Parlaments und die Bajonette der Reichswehr, auch weiterhin

ungerechte und unsoziale Notverordnungen

diktiert. — Abgesehen von den politischen Freiheits- und Mitbestimmungsrechten hängt von dem Wahlausgang vieles für die wirtschaftliche und soziale Lage der Bergarbeiter ab.

Denkt daran, daß seit dem Beginn der nationalsozialistischen Wahlsiege im Jahre 1930 die Zahl der Arbeitslosen um das Doppelte, auf über 7 Millionen gestiegen ist.

Denkt daran, daß, solange die Hitlerpartei keine entscheidende politische Rolle spielte und die Sozialdemokraten noch an der Regierung beteiligt waren, vieles, vieles anders war.

Damals Lohnerhöhungen und wenig Feierschichten. Seit dem nationalsozialistischen Anwachsen aber ein Lohnabbau nach dem anderen und eine maßlose wirtschaftliche Verelendung.

Solange die Diktaturparteien keine ausschlaggebende Rolle spielten und der Sozialdemokrat Hermann Müller an Stelle des Herrn von Papen die Reichskanzlergeschäfte führte, gab es keinen Abbau, sondern Ausbau der sozialen Leistungen. Damals erhielt ein Arbeitsloser das Doppelte und Dreifache von dem, was er heute noch bezieht. Damals Ausbau und Sicherung der Knappschaftsrechte, jetzt aber weitgehende Verschlechterungen auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Damals Ausbau des Arbeitsrechtes, jetzt eine rigorose Zerschlagung und Durchlöcherung der rechtlichen Errungenschaften. **Die nationalsozialistische Siegesallee hat sich nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft als ein Weg der Entrechtung und Verelendung erwiesen.**

Denkt daran:

Ohne Hitler und Thälmann kein Papen.

Nur bei einem Reichstag, in dem Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit besaßen, konnten Barone und Freiherren rücksichtslos die Interessen des Großkapitals durchsetzen. Hätten wir statt dessen eine echte sozialistische Mehrheit gehabt, dann könnten wir heute in einem freien sozialistischen Deutschland leben. Anstatt der ungeheuerlichsten Opfer, die das Herrenkabinett der breiten Volksmasse zumutet, um den bankrotten Privatkapitalismus wieder flottzumachen, könnte sozialistische Aufbauarbeit geleistet werden.

Die Baupläne für den Aufbau einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung liegen in Form des gewerkschaftlichen Umbauprogramms und sozialdemokratischer Gesetzesentwürfe fertig vor. An der politischen Willensbildung der deutschen Arbeiterschaft liegt es, ob diese sozialistischen Baupläne oder die kapitalistischen Verelendungsabsichten unsere nächste Zukunft bestimmen. An dem Wahlergebnis vom 6. November wird es liegen, ob in Deutschland die freiheitlichen sozialen Kräfte siegen oder die Herrendiktatur und mit ihr die kapitalistische Ausbeutung fortgesetzt wird.

Darum kann keinem Bergarbeiter die Entscheidung schwerfallen.

Jeder, der nicht wählt, erkennt den kapitalistischen Verelendungskurs und die Herrendiktatur willenlos an. Diejenigen aber, die den Diktaturparteien, den Nazis und den Kommunisten, ihre Stimmen geben, stärken die Position der arbeiterfeindlichen Papen-Regierung. Daß sich kein Bergmann für die übrigen bürgerlichen Parteien entscheiden kann, ist selbstverständlich.

Jeder klassenbewußte Bergarbeiter, der für die politische Selbstbestimmung des Volkes, gegen die kapitalistische Mißwirtschaft und für einen sozialistischen Aufbau kämpft, kann daher am 6. November seine Stimme nur der Partei geben, die auf gesetzgeberischem Gebiet unsere gewerkschaftliche Arbeit immer nachdrücklich und erfolgreich unterstützt hat. Das ist die Sozialdemokratische Partei. In allen Bergbaurevieren gibt es deshalb am 6. November nur eine Parole:

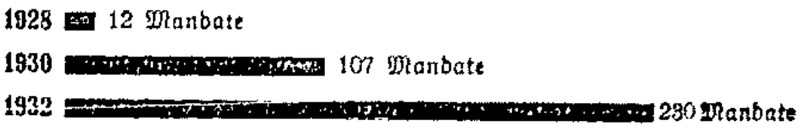
Hoch die Eiserne Front! Wir wählen sozialdemokratisch!

Wir stimmen für Liste 2.

Nazi-Sieg und Bergarbeiterlohn.

Bei den politischen Wahlen, die in den beiden letzten Jahren stattfanden, waren die Nazis überall die Sieger. In sprunghafter Weise konnten sie die Zahl ihrer Mandate vermehren. Sie erlebten einen Aufschwung, wie ihn noch keine Partei in der deutschen Geschichte aufzuweisen hatte. Innerhalb kurzer Zeit wurden die Nazis im Reichstage die stärkste Partei. Folgendes Schaubild zeigt den nationalsozialistischen Siegeszug:

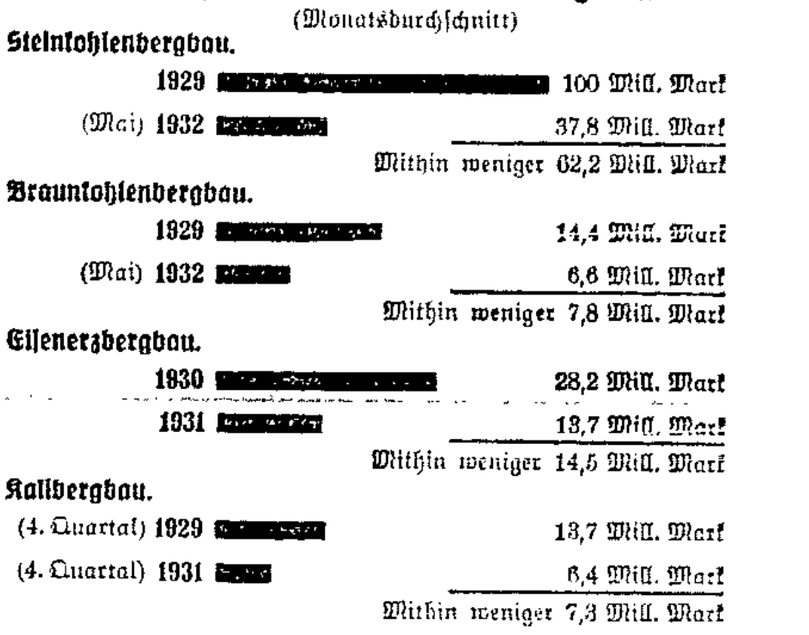
Nazi-Mandate im Reichstage.



In der gleichen Zeit, in der die Nazis ihre Reichstagssitze von 12 auf 230 steigern konnten, ging der sozialistische Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen von 24,5 auf 21,4 Prozent zurück. Wie haben sich nun die nationalsozialistischen Wahlsiege praktisch ausgewirkt? Werfen wir einen Blick auf die Entwicklung des Gesamteinkommens im Bergbau, dann ergibt sich während der nationalsozialistischen Siegesära folgendes Bild:

Gesamteinkommen im Bergbau.

(Monatsdurchschnitt)



Die Bergarbeiter haben demnach den faschistischen Vormarsch schwer bezahlen müssen. Allein im Steinkohlenbergbau ging das monatliche Gesamteinkommen von 100 im Jahre 1929 auf 37,8 Millionen Mark im Mai 1932 zurück. Solange man die braune Söldnertruppe nicht kannte, sondern der Sozialdemokrat Müller die Reichskanzlergeschäfte führte, war demnach die Lohnsumme im Bergbau mehr als doppelt so hoch wie heute. In anderen Berufen sieht es nicht viel besser aus. Infolge dieser Einkommensschmälerung mußte auch der Mittelstand zusammenbrechen. Wenn daher das Sprichwort: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht" richtig ist, dann muß der 6. November den Nazis eine fürchterliche Niederlage bringen.

Arbeitslose, denkt daran!

In unzähligen Reden und Aufsätzen versprachen die Nazis Arbeit und Brot. Vor allem kündeten sie eine radikale Milderung der Arbeitslosennot an. Wie es mit diesen Verheißungen praktisch aussieht, zeigen folgende Tatsachen:

Die Zahl der Arbeitslosen betrug nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts:

1930	(1. Vierteljahr)	3 630 000
	(3. Vierteljahr)	4 410 000
1931	(3. Vierteljahr)	5 250 000
1932	(3. Vierteljahr)	7 160 000

Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung je Woche betrug:

1929 (unter Hermann Müller)	20,20 M.
1931 (unter Brüning)	17,60 M.
1932 (unter von Papen)	10,20 M.

1929 (unter Müller) hatte der Arbeitslose einen gesetzlichen Anspruch auf 26 Wochen Unterstützung.

1931 ermäßigte Brüning den gesetzlichen Anspruch auf 20 Wochen.

Und in der Notverordnung des Herrn von Papen vom 14. Juni 1932 wurde der gesetzliche Anspruch auf sechs Wochen herabgesetzt. Danach kommt die Hilfsbedürftigkeitsprüfung, die dem Arbeitslosen keinen Rechtsanspruch sichert, sondern ihn zu einem Armenunterstützungsempfänger stempelt.

Kurzum, je stärker die Nazis wurden, um so katastrophaler verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, um so geringer wurden die Unterstützungssätze. Der von den Nazis in den Sattel gehobenen Papen-Regierung blieb es schließlich vorbehalten, die Arbeitslosenversicherung so gut wie völlig zu beseitigen. So sieht der Erfolg der nationalsozialistischen Wahlsiege in der Praxis aus. Aber es war schon immer so: Die größten Kälber wählen ihre Metzger selber.

Schon wieder wählen?

Zunächst gilt es immer wieder daran zu erinnern, daß von den vier Wahlkämpfen, die hinter uns liegen, drei überflüssig waren. Die beiden ersten Wahlkämpfe um den Reichspräsidenten wären uns erspart geblieben, wenn sich im Reichstag eine Mehrheit für die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs gefunden hätte. Dieser Plan scheiterte jedoch an der Haltung der Rechtsparteien. Die Harzburger Front wollte unter allen Umständen den Kampf, und besonders die Nazis fühlten sich verpflichtet, für die Millionengeschenke des Großkapitals etwas zu tun. Sie veranlaßten deshalb die beiden ersten Wahlkämpfe, obwohl von vornherein feststand, daß kein anderer als Hindenburg Sieger bleiben würde.

Die Länderwahlen dagegen waren notwendig, weil die Legislaturperiode abgelaufen war und verfassungsmäßig Neuwahlen erforderlich wurden. Völlig überflüssig war jedoch die letzte Reichstagswahl. Der im September 1930 gewählte Reichstag konnte bis 1934 bestehen, weil ja die Abgeordneten auf die Dauer von vier Jahren gewählt werden. Warum hat man trotzdem am 31. Juli den Reichstag neu wählen lassen? Warum hetzte man unsinnigerweise das Volk von einem blutigen Wahlkampf in den anderen? Und warum müssen wir jetzt erneut wählen?

Die Reichstagswahl am 31. Juli wurde deshalb notwendig, weil die Nazis diese als Preis für die Tolerierung des Papen-Kabinetts gefordert hatten. Auf Grund verschiedener Wahlergebnisse in einzelnen Ländern glaubten die Nazis bei der letzten Reichstagswahl einen überwältigenden Sieg erringen zu können. Tatsächlich konnten sie auch ihre Mandatszahl von 107 auf 230 erhöhen. Aber diese Zahl reichte bei weitem nicht aus, um die Papen-Regierung durch eine Hitler-Regierung zu ersetzen. Die Nazis sind daher betrogene Betrüger! Durch ihr Schachergeschäft mit dem Herrenklub und der Papen-Regierung glaubten sie, an das politische Ruder zu kommen. Statt dessen sind sie völlig ausgeschifft worden. Darum jetzt ihre Opposition gegen die Papen-Regierung, die ihr Dasein nur den Nazis verdankt. („Auf unserem Rücken sind die „feinen Herren" in ihr Amt geklettert." Göbbels.)

Neben den 230 Nazis wurden am 31. Juli auch 89 Kommunisten gewählt. Da die Kommunisten als Anhänger des bolschewistischen Diktaturgedankens ebenso wie die Nazis antiparlamentarisch eingestellt sind, konnte der neugewählte Reichstag nicht arbeitsfähig werden. Darüber dürfen auch Koalitionsverhandlungen nicht hinwegtäuschen, die zwischen dem Zentrum und den Nazis geführt worden sind. Infolgedessen blieb auf Grund der Reichsverfassung gar keine andere Möglichkeit, als den arbeitsunfähigen Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Die entscheidende Frage ist nun: Werden die deutschen Wähler am 6. November ein arbeitsfähiges Parlament wählen oder werden die Diktaturparteien erneut eine Mehrheit erringen? Im letzteren Falle würden die Wähler politischen Selbstmord begehen. Kommt nämlich kein arbeitsfähiger Reichstag zustande, dann beweist das deutsche Volk, daß es sich nicht selbst regieren kann. Der demokratische Grundsatz, „die Staatsgewalt geht vom Volke aus", hat nämlich nur dann Geltung, wenn das Volk von seinen politischen Selbstbestimmungsrechten einen sinnvollen Gebrauch zu machen versteht. Die reaktionären Volksfeinde und diktaturlüsternen Vertreter der großkapitalistischen Herrenkaste rechnen bereits jetzt damit, daß auch am 6. November die politische Unvernunft siegt und damit der Weg zur völligen Zerschlagung der demokratischen Grundrechte freigemacht wird. Die Reaktion wittert Morgenluft und erachtet den Zeitpunkt für gekommen, der demokratischen Staatsverfassung den Todesstoß zu versetzen. Nicht zuletzt deshalb, weil die Herrschaften mit einer großen Wahlmüdigkeit und einer Zermürbung der Arbeiterschaft rechnen.

Alle diese Pläne und Absichten der Reaktion werden vereitelt, wenn die deutschen Arbeitnehmer insgesamt die Wichtigkeit der Wahl am 6. November erkennen: wenn auch der letzte Arbeiter sich bewußt ist, daß er durch sein Verhalten am Wahltage über Freiheit und Knechtschaft, über Fortschritt und Reaktion mit entscheidet.

Kameraden! Sorgt deshalb dafür, daß der 6. November zu einer siegreichen Entscheidungsschlacht für Demokratie und Sozialismus wird!

Hätte man 1918 . . .

Vielfach wird behauptet, daß die neuen Machthaber November 1918 eine intakte deutsche Wirtschaft übernomm hätten. Sie hätten diesen Fundus in den folgenden 14 Jahr verwirtschaftet, das Volk in das gegenwärtige Elend hine getrieben. Viele glauben auch, bei der Umwälzung im Ja 1918 hätte sofort eine sozialistische Wirtschaft aufgebaut werd können. Wie ist demgegenüber die Wirklichkeit?

Allein die **Soldatenverluste** des Weltkrieges betrugen f alle Kriegführenden **10 677 000 Tote und 17 053 000 Verwunde und Krüppel.** Allein auf **Deutschland** entfielen etwa **2 000 0 Tote und 4 248 000 Verwundete und Kriegskrüppel.**

Durch den Weltkrieg 1914-18 ging insgesamt (nach ameri nischen Berechnungen) **an wirtschaftlichen Werten** der ungeheu **Betrag von 400 000 000 000 Dollar durch Sachwertzerstöru und Produktionsausfall verloren.** Hiermit könnte man jed Familie in Deutschland, Oesterreich, Rußland, Frankreich, En land, den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien

ein Haus im Werte von je . . . . . 10 000 M.
mit einer Wohnungseinrichtung von je . 4 000 M.
und mit einem Garten von je . . . . . 2 000 M.

geben. — Allein für **Deutschlands eigene Kriegsopfer** war (nach den Angaben im „Reichsarbeitsblatt") noch im Mai 193 für mehr als 3 Millionen Menschen Unterstützungen zu zahle und zwar

für 820 000 Kriegskrüppel und Kriegsbeschädigte
mit 319 000 Ehefrauen
und 890 000 Kindern,
außerdem für 360 000 Kriegerwitwen,
für 370 000 Kriegerwaisen
und 348 000 Elternpaare von im Kriege gefallene Ernährern.

Deutschland verlor durch **Krieg, Ruhrkampf und Inflatio rund 150 000 Millionen Mark.** Amerika wurde aus einer Schuldnerland Europas zum Weltgläubiger, denn es hatte 191 etwa 20 000 Millionen Mark Schulden an Europa, dagegen 193 eine Gegenforderung von 48 000 Millionen Mark. Deutschland hat versucht, Schulden, Zinsen und Reparationen durch Ausfuhr überschüsse und durch Kredite abzutragen. Der Versuch ist ge scheitert an dem Widerstand des Auslandes, das sich in steigen dem Maße gegen die Einfuhr deutscher Waren wehrt.

Nicht 1918, sondern 1914 wurde über das Schicksal Deutsch lands entschieden. Trotzdem sind auch jetzt wieder die Kriegshetzer eifrig am Werke. Und die Hohenzollernprinzen betätigen sich bereits jetzt wieder hervorragend in der Nazipartei, obwohl von den „herrlichen Zeiten", die der Exkaiser Wilhelm im Jahre 1914 dem deutschen Volke versprach, wirklich nichts zu spüren ist.

Auf die Macht kommt es an!

Bei den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verschlechterungen, die in letzter Zeit von der Arbeiterschaft hingenommen werden mußten, spielten die machtpolitischen Veränderungen keine geringe Rolle. Wie sieht es damit aus?

Der politische Einfluß der deutschen Arbeiterschaft, gemessen an dem prozentualen Stimmenverhältnis bei den Reichstagswahlen, geht aus folgender Gegenüberstellung hervor. Es erhielten (in Prozent):

	SPD.	KPD.
1928 (Mai)	29,8	10,6
1930 (September) . . .	24,5	13,1
1932 (Juli)	21,4	14,6

Der prozentuale Stimmenanteil der Nazis gestaltete sich in der gleichen Zeit wie folgt:

1928 (Mai)	2,6	Prozent
1930 (September)	18,3	„
1932 (Juli)	37,2	„

Wenn man bedenkt, daß etwa zwei Drittel der deutschen Bevölkerung Arbeitnehmer sind, dann können die machtpolitischen Verhältnisse, wie sie in vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommen, in keiner Weise befriedigen. Geht doch daraus hervor, daß etwa die Hälfte der Arbeitnehmer nicht hinter den sozialistischen Parteien, sondern zum großen Teil im Hitlerlager steht. Infolgedessen ist die Hitlerpartei prozentual noch etwas stärker als SPD. und KPD. zusammen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Kommunisten es bisher grundsätzlich ablehnten, ihre politische Machtquote in den Dienst einer positiven parlamentarischen Arbeit zu stellen. Genau wie die Nazis haben sie sich in der politischen Praxis als Gegner der Demokratie und als Todfeinde der Verfassung von Weimar erwiesen. Erinnert sei nur an ihre Unterstützung des schwarz-weiß-roten Volksentscheids gegen das „rote" Preußen im Sommer 1931. Auch bei sonstigen Fragen standen die Kommunisten oft auf seiten der reaktionären Arbeiterfeinde. Durch die Schuld der deutschen Wähler waren infolgedessen die politischen Machtverhältnisse in letzter Zeit bei weitem nicht so, wie sie auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Klassenschichtung in Deutschland sein müßten. Die Folgen dieses widersinnigen Zustandes bekommt die deutsche Arbeiterschaft durch die kapitalsfreundliche Politik der Papen-Regierung zur Genüge zu spüren. Wird das gezahlte Lehrgeld genügen, um endlich ein politisches Klassenbewußtsein und eine einheitliche Willensbildung zu ermöglichen? Das Wahlergebnis vom 6. November wird es zeigen!

Die gewerkschaftlichen Machtverhältnisse sind aus nachstehenden Zahlen ersichtlich:

	Mitgliederzahl des ADGB.	Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos	Kurzarbeiter
1929	4,9 Mill.	13,3	7,2
1930	4,8 Mill.	23,0	13,3
1931	4,4 Mill.	34,7	16,7
1932 (Juli) . .		44,4	22,3

Auch diese Zahlen sollte sich jeder Arbeiter gut einprägen. Der organisatorische Rückschlag, den die Gewerkschaften infolge der Krise erlitten haben; hat sich, wie die Massennot zeigt, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bitter gerächt. Wenn auch das Viermillionenheer trotz der Arbeitslosigkeit auch heute noch eine stattliche Kampfesarmee bildet, so ist doch das gewerkschaftliche Organisationsverhältnis sehr unbefriedigend. Warum? Man lese und studiere nachstehende Notiz:

Nicht einmal ein Drittel . . .

Unternehmerpresse protzt mit den Unorganisierten.

„Daß die Gewerkschaften sich als die allein berufenen Vertreter der Arbeiterschaft bezeichnen, ist man gewohnt. Aber sie haben gegenwärtig weniger das Recht dazu denn je. Wir haben in Deutschland rund 16 Millionen erwerbstätige Arbeiter beiderlei Geschlechts, von denen die christlichen Arbeitergewerkschaften nur rund 600 000 Männer und 100 000 Frauen erfassen, die freien Gewerkschaften insgesamt rund 4 Millionen. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung vertritt daher nicht einmal ein Drittel der Arbeiterschaft." („Deutsche Bergwerks-Zeitung" vom 21. September 1932.)

Die Unternehmerpresse verhöhnt demnach die Arbeiterschaft wegen ihrer gewerkschaftlichen Schwäche. Sie spricht den Gewerkschaften das Recht ab, im Namen der Arbeiterschaft zu verhandeln, nur weil zahlreiche Drückeberger den Organisationsbeitrag scheuen. Möchten doch daran besonders diejenigen Kritiker denken, die immer wieder fälschlicherweise versuchen, die Gewerkschaften und ihre Funktionäre für alle Verschlechterungen verantwortlich zu machen. Vieles, vieles würde dann sicherlich anders aussehen!

Galgenhumor.

Wir haben's herrlich weit gebracht,
Wir wackern deutschen Knappen,
An Geld und Gut, an Glück und Macht,
Fast bis zum Ueberschnappen.

Wie Gott in Frankreich leben wir
Ein Leben voller Wonne,
In lauter Freuden und Pläsier
Hier unter dieser Sonne.

Das kommt, weil wir zusammensteh'n
So einig, einig, einig —
Drum schwindet auch im Handumdreh'n,
Was dornig war und steinig.

Und wer noch zweifelt an der Mär,
Er schau sich um im Kreise,
Von frohen Knappen strömt's daher
In nie geahnter Weise.

Sie alle sind so hochbeglückt,
So fröhlich sondermaßen —
Und wandeln — arbeitslos — entzückt
Herab, herauf die Straßen.

Auch tragen sie nicht schwer am Pack,
Es ist ein leichter Ranzen —
Ein ungefüllter Bettelsack,
Sie können damit tanzen.

Heinrich Kämpchen.

Nicht bluffen lassen!

Ohne Hitler kein Papen.

Wenn die Nazis in diesem Wahlkampf eine heftige Scheinopposition gegen das Papen-Kabinett führen, dann spekulieren sie dabei nur auf die Vergeßlichkeit und Dummheit des Volkes. Denn nur der Nazipartei haben wir diese arbeiterfeindliche Baronenregierung zu verdanken. So schrieb beispielsweise das offizielle Naziorgan in Essen, die „National-Zeitung", am 16. Juni 1932:

„Allerdings wissen wir genau und haben keine Veranlassung, daraus ein Hehl zu machen, daß die Regierung Papen nur zustande gekommen ist deswegen, weil Adolf Hitler sich nicht von vornherein gegen sie oder eines ihrer Mitglieder eingestellt hat, sondern weil er erklärte, ihre Taten abwarten zu wollen."

In dem bekannten Rundschreiben des Herrenklubs schrieb Herr von Gleichen:

„Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des Führers. Das neue Kabinett ist auch kein Uebergangskabinett, wie die Presse fälschlich berichtet, sondern wird wohl vom neuen Reichstag, wenigstens von seiner voraussichtlich stärksten Partei, so wie es ist, bestätigt werden. Dafür werden den Nazis die Länder überlassen und es bestehen auch wegen Preußen Abmachungen, d. h. über die Einsetzung eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder als Reichskommissar, Umorganisation der inneren Verwaltung unter starker Mitwirkung der nationalsozialistischen Kräfte."

Am 31. Mai 1932 schrieb im Berliner „Angriff" der Reichspropagandaleiter der Nazipartei, Dr. Göbbels:

„Jetzt kommt auch über Brüning das Verhängnis: er muß dem Druck des erwachenden Volkes weichen und den Platz freigeben für Männer, die auf Grund ihrer Persönlichkeit und ihres neuen Aufbauwillens das Recht haben, im Namen der deutschen Nation zu sprechen und zu handeln."

Das „Hamburger Tageblatt", gauamtliches Organ der Hamburger Nazipartei, gesteht in seiner Nummer 157 entgegen dem Geschrei der übrigen Nazimeute, daß die Hitlerhorden die Reichsregierung tolerieren. Das Blatt schreibt:

„Dabei fühlt selbst ein Blinder, was es mit dieser Tolerierung durch die NSDAP. auf sich hat. Warum sollen wir nicht tolerieren? Wissen wir doch, daß wir die Herren von morgen sein werden! Hitler verdient nicht mehr Führer der Bewegung zu sein, würde er so kurz vor dem Ziel zu einem offiziellen Staatsstreich ansetzen. Dadurch, daß wir dieser Regierung sachlich gegenübergetreten sind, haben wir erreicht, was vor einigen Wochen aussichtslos erschien: 1. Wiederaufstellung der SA. und 2. die Reichstagsauflösung. Mag man aus durchsichtigen Gründen noch so sehr geifern, wir wissen ganz genau, warum wir die von-Papen-Regierung im Augenblick nicht stürzen. Wir verfolgen unsere eigenen Pläne."

„Ein Mißtrauen verdient Papen nicht!" (Naziabgeordneter Studentkowski in einer Naziversammlung im Café Flora in Bremen am 1. Juli 1932.)

„Wenn man auf gegnerischer Seite sagt, es müsse mit dem Regiment Papen abgerechnet werden, so kümmert mich das nicht." (Adolf Hitler auf dem Münchener „Hitlertag" am 3. Juli 1932.)

So könnte man noch Dutzende von Beweisen anführen, worin die Nazis ganz eindeutig zum Ausdruck bringen, daß sie nicht nur der Papen-Regierung in den Sattel verholfen, sondern diese auch freudig begrüßt haben.

Von links nach rechts.

Wie regierte Hermann Müller?

Bei den Maiwahlen 1928 erstarkte der sozialistische Einfluß. Die Sozialdemokratie stellte den Reichskanzler Hermann Müller und drei weitere Minister, darunter den Arbeitsminister Wissell.

Wie sah es damals in Deutschland aus?

Der Sturm auf das staatliche Schlichtungswesen wurde abgeschlagen. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mußte beigeben. Karl Severing schrieb die Bedingungen vor, die Ausgesperrten waren aus Reichsmitteln unterstützt worden. 194 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen kämpften um ihre Tarife und um Lohnerhöhungen. 50 000 Werftarbeiter, 600 000 Bauarbeiter, 600 000 Reichspostler und Staatsarbeiter, die Bergarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker und Eisenbahner — sie alle erneuerten ihre Tarifverträge bis zum Jahre 1930 und erhöhten die Löhne.

Im Jahre 1928 wurde nach sechs Monate langem hartem Kampf der sozialreaktionäre Angriff auf Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung abgeschlagen. Gegen die Verbesserungsnovelle zur Arbeitslosenversicherung stimmten Deutschnationale, Völkische (Nazi), Mittelständler und Kommunisten. Die Krisenfürsorge wurde ausgebaut. Der soziale Angestelltenschutz wurde verbessert, für die älteren Angestellten wurde eine besondere Novelle erreicht, die die Wartezeiten verkürzte und eine Herabsetzung der Altersgrenze durchführte. Aus Mitteln der Lohnsteuer wurde eine Erhöhung der Invalidenrenten und Verbesserung der Knappschaftsversicherung geschaffen. Die Unfallversicherung wurde erweitert, der Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz weiter ausgestaltet.

Und wie regiert Papen?

Die Papen-Notverordnung vom 14. Juni 1932 belastet die minderbemittelten Volksschichten mit rund 1500 Mill. Mark! Zur rücksichtslosen Kürzung aller Unterstützungen trat die weitreichende Herabstreichung aller Renten. Keiner, nicht einmal die Kriegerwaisen wurden verschont. Dazu kam die Erhöhung der Krisensteuer für Beschäftigte und die Salzsteuer.

Wer geglaubt hat, daß die Notverordnung vom 14. Juni 1932 einen Rekordan sozialer Ungerechtigkeit darstellte, der wurde durch die Notverordnung vom 4. und 5. Sept. 1932 eines Besseren belehrt: **Für die Arbeiter die verschärfte Anpassung an die „Armut der Nation", für die Besitzenden noch großzügigerer Ausbau der Wohlfahrtsanstalt — das ist der Grundsatz der Notverordnung.**

Für die Arbeiter:

1 **Lohnraub.** In allen Fällen, in denen die Arbeit vermehrt wird, dürfen die Unternehmer die Löhne bis um 12,5 Prozent abbauen. In allen Fällen, in denen ein Unternehmer bei Zahlung des Tariflohnes den Betrieb nicht aufrechterhalten oder nicht wieder aufnehmen könnte, werden die Löhne bis um 20 Prozent abgebaut.

2. **Zerschlagung des Tarifrechts.** Durch diese Bestimmungen tritt an Stelle des Tarifrechts die nackte Willkür, soll doch das Tarifrecht ganz allgemein „aufgelockert" werden. Den Arbeiter wieder der wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Unternehmers auszuliefern — das ist das Ziel der Regierung der Junker und Schlotbarone.

3 **Generalangriff auf Sozialpolitik und Arbeitsrecht.** Der ungeheuerliche Lohnabbau und die rücksichtslose Zerschlagung des Tarifrechts stellen nur die Einleitung zu einem Generalangriff auf alle sozialpolitischen Errungenschaften dar. Die Notverordnung macht für diesen Generalangriff die Bahn frei, indem sie der Regierung die unumschränkte Vollmacht gibt, auf dem Gebiet der ganzen Sozialversicherung, des ganzen Arbeitsrechts und der ganzen Arbeitslosenunterstützung die brutalsten Eingriffe vorzunehmen.

Für die Besitzenden:

1. **1,5 Milliarden Mark Steuergeschenke.** Vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 werden den Besitzenden 40 Prozent der gezahlten Umsatzsteuer, Grundsteuer und Gewerbesteuer in Form von Steuergutscheinen zurückerstattet — auch wenn in Wirklichkeit diese Steuern nicht von den Besitzenden, sondern von den breiten Massen getragen werden

2. **700 Millionen Mark Lohnprämien.** Unternehmer, die mehr Arbeiter einstellen, erhalten für jeden Neueingestellten eine Prämie von 400 M. jährlich. Praktisch werden sich die Prämien als Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit auswirken. Nicht Lohnausgleich für die Arbeitnehmer, die das Opfer der Arbeitszeitverkürzung bringen, sondern Lohnzuschuß für die Unternehmer, die überhaupt kein Opfer bringen und noch dazu in vielen Fällen die Löhne abbauen dürfen.

Das ist die Anpassung an die Armut der Nation — bei den Arbeitenden und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates — für die Besitzenden!

Wer kommunistisch wählt — stützt Papen.

Niemals hätten die Barone und Freiherren in Deutschland an die Macht kommen können, wenn die Kommunisten mit der Sozialdemokratie gemeinsame parlamentarische Arbeit zugunsten der Arbeiterschaft geleistet hätten. Aber anstatt die parlamentarische Macht in den Dienst einer deutschen Arbeiterpolitik zu stellen, hielten die Kommunisten an ihrem bolschewistischen Diktaturgedanken fest und wurden so Totengräber der Demokratie. Aus dem demokratischen Trümmerhaufen stiegen aber nicht die Kommunisten, sondern die Freiherren und Barone als die neuen Machthaber hervor. Die kommunistische Politik hat demnach der Reaktion den Weg zur Macht geebnet. Welche politischen Erfolge haben die Kommunisten im übrigen aufzuweisen?

Sie haben in 13 Jahren nicht weniger als neunmal zu Massenstreiks aufgefordert, mit dem Erfolg, daß noch nicht einmal ihre eigenen Anhänger, geschweige denn alle Arbeiter dieser Parole gefolgt wären.

Die Kommunisten haben es auch in den ersten Jahren nach dem Umsturz mit Putschen versucht. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hat diese Putsche abgelehnt. Ganz abgesehen davon waren die Putsche so stümperhaft organisiert und brachen so kläglich zusammen, daß jedesmal eine vernichtende Kritik der Moskauer Auftraggeber erfolgte.

Die Folge dieser „revolutionären Strategie und Taktik" war nie die Revolution, sondern waren stets unsinnige Opfer und Leiden des Proletariats. Und die weitere Folge war Enttäuschung, Kleinmut oder faschistische Radikalisierung der eigenen Anhänger. Wenn es einen Nutznießer der „revolutionären Generallinie" gegeben hat, dann war es nicht die Arbeiterschaft, sondern die Reaktion.

Mit den gemeinsamen Kräften hätten die Errungenschaften der Arbeiterschaft verteidigt werden müssen. Statt dessen verkündete Thälmann, daß die Hauptgefahr die preußische Regierung darstellt:

„Der Kampf gegen sie muß deshalb bedeutend verschärft werden. Es ist notwendig, scharf die Meinung zu bekämpfen, daß die Regierung Braun-Severing das kleinere Uebel gegenüber der Regierung Hitler-Hugenberg sei. Das sind Ueberreste sozialdemokratischer Ideen, die ausgemerzt werden müssen und die für die KPD. selbst eine große Gefahr darstellen."

(Thälmann, 6. Dezember 1931. Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPD.).

Die Kommunisten haben sich am Volksbegehren des Stahlhelms gegen die preußische Regierung beteiligt und sie haben auch sonst alles getan, um gemeinsam mit den Nazis Braun-Severing zu stürzen. Damit haben sie aber bewußt den 20. Juli 1932 vorbereitet.

Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben für die Einführung und später für den Ausbau des Tarifvertragswesens gekämpft. Sie haben damit erreicht, daß Löhne und Gehälter nicht einseitig von den Unternehmern festgesetzt werden.

Die Kommunisten haben damals über Tarifschwindel geschrien, sie haben die Gewerkschaften als Lohnräuber bezeichnet, die gemeinsam mit den Unternehmern den Arbeitern die Taschen plündern.

Jetzt setzen sich die Kommunisten in ihrem Wahlaufruf ein für die Verteidigung der Tariflöhne. Jetzt verleumden sie die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, daß sie die sozialpolitischen Errungenschaften freiwillig preisgäben, während gleichzeitig die Arbeiterschaft unter Führung der freien Gewerkschaften mit zäher Erbitterung um ihre Rechte kämpft!

Die Kommunisten waren außerdem die wütendsten Gegner der Sozialversicherung. Bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Jahre 1927 hat ihr Fraktionsredner Rädel im Reichstag eine Erklärung abgegeben, die folgende Sätze enthielt:

„Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist...

Gemeinsam mit dem Bürgerblock, mit den Klassengegnern des Proletariats, hat die Sozialdemokratie dieses reaktionäre Gesetz geschaffen. Sie rühmt sich, daß durch ihre Initiative die Schaffung der Erwerbslosenversicherung erreicht worden sei. Mit ihrer Zustimmung übernimmt die Sozialdemokratie die vollständige Mitverantwortung für dieses neue Klassengesetz.

Die kommunistische Fraktion lehnt dieses Gesetz, das ein Stück der reaktionären Bürgerblockpolitik ist, ab."

Jetzt fordern die Kommunisten die Arbeiter auf, für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Sozialversicherung zu kämpfen. Jetzt endlich erkennen sie diese Errungenschaften als Erfolge an, die sie früher als reaktionäre Maßnahmen, als Betrugsmanöver gekennzeichnet haben.

Diese wenigen Tatsachen kennzeichnen zur Genüge, wie verhängnisvoll und voller Widersprüche die kommunistische Politik ist. Ein ernsthafter Arbeiter kann sich daher nie und nimmer von den wortradikalen Schlagworten der kommunistischen Strategen einfangen lassen.

Könnte es anders sein?

Die sozialistischen Baupläne im Reichstag.

In dem am 31. Juli gewählten Reichstage verfügten die Nationalsozialisten und Kommunisten über eine absolute Mehrheit. Hätten diese Parteien den Reichstag nicht als eine Lärmbude, sondern als eine Werkstatt sozialistischer Gesetzgebung betrachtet, dann hätten sie gemeinsam mit der SPD. sogar über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Die Sozialdemokratische Partei brachte deshalb nachstehende sozialistische Anträge ein, Anträge, die mit dem freigewerkschaftlichen Umbauprogramm übereinstimmen:

Sozialisierung.

Die Schlüsselindustrien und die aus öffentlichen Mitteln subventionierten Unternehmungen sind zu verstaatlichen.

Die Verstaatlichung hat insbesondere zu umfassen alle privaten Unternehmungen
- des Bergbaues,
- der Eisenindustrie,
- der sonstigen Metallgewinnung,
- der Großchemie,
- der Zementindustrie.

Das gesamte Bankgewerbe wird der Aufsicht und Führung durch das Reich unterstellt. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden
1. die Großbanken verstaatlicht,
2. ein Bankenamt errichtet.

Um eine Gesundung der deutschen Landwirtschaft anzubahnen, wird der private Großgrundbesitz enteignet.

Großgrundbesitz im Sinne dieses Gesetzes ist jeder land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz über 200 Hektar. Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß auch Großgrundbesitz unter 200 Hektar unter dieses Gesetz fällt.

Der enteignete landwirtschaftliche Grundbesitz ist entweder als Großbetrieb zu erhalten oder an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen. Die Wahl der Betriebsform ist so zu treffen, daß die wirtschaftlichste Ausnutzung des Grundbesitzes gewährleistet wird.

✡

Außer einem Mißtrauensantrag gegen die Papen-Regierung brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Anträge ein, die verlangen: Aufhebung der Papen-Verordnungen, Wiedererhöhung der Sozialleistungen, Winterhilfe für notleidende Bevölkerung, planmäßige Arbeitsbeschaffung durch Bereitstellung von einer Milliarde Mark und eine gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche.

✡

Zur Deckung der Ausfälle an Massensteuern und des Mehrbedarfs für Sozialleistungen, die sich aus der Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ergeben, werden folgende Notsteuern des Besitzes erhoben:

Notabgabe der hohen Einkommen.

Von allen Einkommen natürlicher Personen über 8000 M. wird eine Notabgabe erhoben, die von 8 Proz. bis 15 Proz. des Einkommens gestaffelt ist.

Von den körperschaftssteuerpflichtigen Körperschaften wird eine Notabgabe von 10 Proz. des Einkommens erhoben.

Notabgabe der hohen Vermögen.

Von allen Vermögen über 20 000 M. wird eine Notabgabe erhoben, die von 1 Proz. bis zu 2 Proz. des Vermögens gestaffelt ist.

Zur Erbschaftssteuer wird ein Notzuschlag von 30 Proz. der bisherigen Steuersätze erhoben. Außerdem wird das Gattenerbe besteuert, wenn der Erbanfall 20 000 M. überschreitet.

Luxussteuer.

Der Luxusverbrauch wird durch eine erhöhte Umsatzsteuer von 10 Proz. auf Luxusgegenstände belastet.

Verschärfung der Besitzsteuererhebung.

Die Steuerlisten der Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen werden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

Steuererlasse und Steuerstundungen über 20 000 M. sind einem Ausschuß des Reichstags zur Nachprüfung vorzulegen.

Streichung der Fürstenabfindung.

Die Länderregierungen sind verpflichtet, alle staatlichen Leistungen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der fürstlichen und standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Sämtliche Schlösser, Güter, Forsten und sonstiger Grundbesitz sowie Kunstsammlungen der ehemaligen Fürsten und standesherrlichen Familien werden entschädigungslos zugunsten der Kriegsopfer enteignet.

Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen.

Alle Gehälter
- in der öffentlichen Verwaltung,
- bei öffentlichen Unternehmungen,
- bei Unternehmungen, an denen öffentliche Körperschaften beteiligt sind,
- bei Unternehmungen, die aus öffentlichen Mitteln gespeist werden,
- bei Unternehmungen, die Steuererlasse und Steuerstundungen für mehr als drei Monate in Anspruch nehmen,

dürfen die Höchstgrenze von 12 000 M. jährlich nicht überschreiten.

Alle Pensionen in der öffentlichen Verwaltung und bei den in § 1 genannten Unternehmungen dürfen die Höchstgrenze von 6000 M. nicht überschreiten.

Diese Anträge stehen leider auf dem Papier. Sie werden solange ein Wunschgebilde bleiben, solange ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft den Phrasendreschern Gehör schenkt und statt eine wirkliche sozialistische Mehrheit zu bilden, sich von dem unfruchtbaren Radikalismus der Nazis und Kommunisten blenden läßt.

Zur Beherzigung.

Schlagwort und Phrasen, die schaffen es nicht,
Besser sind Taten von Ernst und Gewicht.
Wollt Ihr es bringen zum freien Mann,
Scheuet nicht Opfer, legt Hand mit an.
Opferlos führte man nimmer noch Krieg,
Opferlos ward noch erfochten kein Sieg.
Nichts wird errungen durch Weh nur und Ach,
Merkt es, ihr Knappen, und handelt darnach. —

Heinrich Kämpchen.

Der Führer mahnt!

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, richtete Mitte September durch die Gewerkschaftspresse einen Brief an alle Gewerkschaftskollegen. Mit absoluter Klarheit zeichnete dieser ergraute Führer die gegenwärtige Lage. Er zog daraus folgenden Schluß: Die Zeit der stärksten Reaktion sei gekommen, die Gewerkschaften ständen vor einer entscheidenden Wendung.

„Gegen uns steht", so führte Leipart weiter aus, „wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, ihr werdet wie früher eure Stimme abgeben für die Demokratie und für die soziale Gerechtigkeit!"

Diese Mahnung des Kollegen Leipart gilt es zu beherzigen. In Stadt und Land gilt es bis zur Wahl zu werben und immer wieder zu werben, damit die Sozialdemokratische Partei am 6. November siegreich aus der Wahl hervorgeht

Die Gewerkschaften im Kampf gegen Verelendung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete am 18. Oktober im Reichswirtschaftsgebäude in Berlin eine große öffentliche Kundgebung gegen die reaktionäre Sozialpolitik und verfehlte Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung. Der Vorsitzende des Bundes, Theodor Leipart, sowie die Kollegen Fritz Tarnow, Clemens Nörpel und S. Aufhäuser vom AfA-Bund erhoben leidenschaftliche Anklagen gegen die jetzige Herrenregierung. Das Ergebnis der Verhandlung, über die wir aus technischen und taktischen Gründen erst in der nächsten Nummer der „Bergbau-Industrie" ausführlich berichten werden, fand seinen Niederschlag in nachstehender

Entschließung:

„Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung der Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlage des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt" bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaufkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung."

Bergarbeiter, Kameraden! Die Gewerkschaften stehen hier im Kampf für euch und eure Rechte. Nun ist es Pflicht von euch allen, sich in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln zu gemeinsamer Tat. Wer dazu bereit ist und sich nicht freiwillig der Herrenregierung beugen will, der muß Mitglied bei uns werden! Die schon in unseren Reihen stehen, müssen unermüdlich werben und immer mehr Kämpfer zu uns führen. Vorwärts, an die Arbeit!

Was tun die Invaliden?

Reichstagswahl und Sozialversicherung. Wehe, wenn die Reaktion siegt!

Mehr als von irgendeiner andern Menschengruppe hängen die Lebensbedingungen der Rentenempfänger der Sozialversicherung von dem Einfluß der Arbeiter auf die Gestaltung der Reichspolitik ab. Der gesunde Arbeiter, der noch nicht berufsunfähig oder invalide ist und der noch in Arbeit steht, kann seine Lebensbedingungen gegebenenfalls auch durch andere als gesetzliche Maßnahmen verbessern. Wird der Druck, der auf ihm lastet, überspannt, greift er zum Streik und kann durch diesen bei günstigen gewerkschaftlichen Organisationsverhältnissen Erfolge für sich erzielen. Anders liegt die Sache bei den Invaliden, Witwen und Waisen, die aus der Sozialversicherung Leistungen beziehen. Sie können nicht streiken oder höchstens nur in dem Sinne, daß sie die Annahme einer zu geringen Unterstützung verweigern. Ein solcher Streik würde aber den Herrschenden wenig Kopfschmerzen, geschweige denn eine einzige schlaflose Nacht verursachen.

Die Rentenempfänger der Sozialversicherung haben jedoch nichtsdestoweniger Mittel in der Hand, um auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einzuwirken. Insbesondere ist ein solches Mittel das Wahlrecht zum Reichstag. Selbst die Stimme des ärmsten Invaliden und der ärmsten Witwe ist bei dem gegenwärtigen Wahlrecht ebenso wertvoll wie die Stimme eines ostelbischen Großgrundbesitzers oder die eines rheinisch-westfälischen Großindustriellen. Wenn nur alle Invaliden und alle Witwen von ihrem Stimmrecht stets den richtigen Gebrauch gemacht hätten, wäre alles das, was in der letzten Zeit hinsichtlich der Sozialrentenempfänger geschehen ist, nicht möglich gewesen.

Als die Sozialdemokratische Partei in der Regierung vertreten war und die Gewerkschaften einen starken Einfluß auf die Regierung ausübten, konnten die Ausgaben der Invaliden-, Kranken-, Unfall-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung, die 1913 nur 1097,4 Millionen M. betrugen, 1930 auf 4351,7 Millionen M. gesteigert werden. Hinzu kommen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege. Die durchschnittlichen Monatsbeträge der Renten betrugen in der **Knappschaft 1913: 26,54 M., 1930: 63,25 M.**, in der **allgemeinen Invalidenversicherung 1913: 16,16 M., 1930: 36,45 M.**

Nachdem man den Unterstützungsempfängern der Sozialversicherung in letzter Zeit Milliardenbeträge genommen hat, will man jetzt kurz vor der Wahl ihnen einige Brosamen zurückgeben. Die Rentenempfänger sollen glauben, daß man für sie auch was über hat. Im Verhältnis zu den Milliarden, die durch die Maßnahmen der Regierung von Papen den Besitzenden zugeführt werden, ist die Vergünstigung für die Arbeiter recht mager ausgefallen. Alle arbeitenden deutschen Menschen müssen deshalb stets dessen eingedenk sein, daß die deutsche Sozialversicherung nur dann auf ihren Stand von 1929 zurück und darüber hinaus geführt werden kann, wenn die Sozialdemokratie noch stärkeren Einfluß gewinnt, als sie ihn in der Regierung Müller hatte.

Was von der allgemeinen Sozialversicherung zu sagen ist, trifft insbesondere für die Knappschaftsversicherung zu. Zur Zeit der Regierung Müller hat der Reichstag zum ersten Male anerkannt, daß der Berufsversicherung der Bergarbeiter von Reichs wegen geholfen werden müßte. Die Hilfe ist ihr auch damals zuteil geworden. **Die Zuwendung, die die Knappschaft jetzt erhält, ist nur bis zum 1. April 193[illegible] bemessen. Was dann mit der Knappschaft geschieht, ist ungewiß. Alles wird davon abhängen, wie der Reichstag vom 6. November sich zusammensetzen wird.**

Auf die Nazis können die Rentenempfänger nicht bauen. Sie haben zu oft in den Zechenzeitungen ausgeführt, daß die Sozialversicherung zu zerschlagen und an ihre Stelle ein Zwangssparsystem einzuführen ist. Was mit den jetzigen Rentenempfängern geschehen soll, die nicht mehr in Arbeit stehen und demzufolge auch nicht zwangssparen können, darüber machen sich die Unternehmersöldlinge keine Sorgen. Wer deshalb allen Gefahren der Sozialversicherung begegnen will, der wähle am 6. November sozialdemokratisch. Den alten Kameraden rufen wir zum Schluß noch zu: Es genügt nicht, daß ihr in der Vergangenheit, vorgestern und gestern gekämpft habt. Wollt ihr das Errungene erhalten und mehr erringen, dann müßt ihr heute, morgen und übermorgen kämpfen! Denn wie sagt Goethe? Das ist der Weisheit letzter Schluß: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.

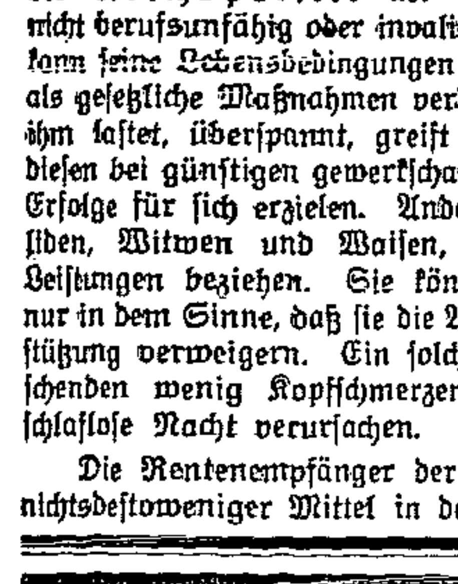
UNSERE TOTEN

Hausham: Andreas Schwab, 32 Jahre Mitglied. Als stets eifriger Vorkämpfer unserer Sache hat er sich bleibende Verdienste erworben. — **Bochum II:** Heinrich Nolte, seit 1900 organisiert. — **Kaiserau:** Johann Guthard, seit 1901 organisiert. — **Ober-Altwasser:** Bernhard Weigang, ältestes Mitglied unserer Zahlstelle, seit 1891 Mitglied; er war einer unserer Besten.

Ehre ihrem Andenken!

Verbandsnachrichten

Mitgliedsbuch verloren. Das Mitgliedsbuch Nr. 974 821, lautend auf den Namen Wilhelm Markus, geboren am 27. Juli 1899, eingetreten am 2. Oktober 1924, ist am 9. Oktober 1932 in Berlin nebst anderen Papieren abhanden gekommen. Da die Vermutung besteht, daß das Verbandsbuch zu unlauteren Zwecken benutzt wird, ersuchen wir, falls dieses Buch irgendwo auftaucht, dasselbe sofort anzuhalten und der Bezirksleitung in Senftenberg, Laugkstraße 7 zuzusenden. Wir bitten also, auf dieses Buch keine Zahlungen zu leisten.



ZIGARILLO
3 Pf
Havanna Qualität
Vorzügliches Aroma
Rücksendung u. Umtausch gestattet. Direkt ab Fabrik zum Raucher. Versand per Nachnahme. 80
HERBSTRITH Zig. fabr. BRUCHSAL-Forst

Billige böhmische
Bettfedern
Nur reine gutfüllende Sorten.
1 Kilo: graue geschlissene M. 2,50, halbweiße M. 3,—, weiße M. 4,—, bessere M. 5,— u. 6,—, daunenweiche M. 7,— u. 8,—, beste Sorte M. 10,— u. 12,—, weiße ungeschlissene Rupffedern M. 6,50 u. 7,50, beste Sorte M. 9,50
Versand portofrei, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Diesmal nur Praktisches!
Korbmöbel
Niedr. Preise, direkt ab Fabrik, fr. Lieferung. 10 Monatsr. Schlager: 3teilig. Polstergarnitur M. 30.- Korbmöbelfabrik Katal. grat.
Böhm Oberlangenstadt Lichtenfels-Ld. 533

Sport-Beruf-Kaufhaus
Heeresgut
Behördenwaren usw., guterhalten
Mil.-Schlaf-, Pferdedecke 2.60, 1.95
Mil.-Leinendrell-Strohsack, 1. Teil 2.25
Mil.-Pelerine, Zeltstoff 3.95, 2.55
Mil.-Stiefelhose, feldgr. 3.95, 2.60
Mil.-Tuchhose, feldgr., lg. 4.90, 4.35
Beamtenhose, Marengotuch, 4.50
Mil.-Reithose m. Stoffbesatz 4.90
Beamtenjoppe, Marengotuch 6.50
Mil.-Reithose m. Lederbes. 9.80 7.60
Waffenrock, feldgr. Tuch 8.90 7.85
Beamten-Mantel, 12.50, 9.60, 7.90
Uns. Landwirtschaftshilfe!
Arbeitsweste, neu . . . 1.95 0.98
Zivilstoffhose, durchrep. 2.30, 1.65
Mil.-Drellhose, feldgr., neu 1.95
Flanellhemd o. Unterh. neu je 1.95
Ziviljacke oder Joppe, 2.95, 2.35
Zivil-Mantel, div. Stoffe 7.60, 5,90
Mil.-Schnürschuhe (neubes.) 4.90 3.20
Mil.-Gebirgsschnürsch., neubes. 5.90
Inf.-Schaftstief. (neubes. 8,60) 6.90
Kavalleriestief. (neubes. 11,90) 8.75
Marine-Oeltuchjacke z. Ueberz. 3.80
Beamt.-Regenm., Gummist. 9.85 7.80
Mil.-Rindlederweste z. Ueberz. 7.85
Mil.-Rindlederhose, schwarz 16.80
Neufabrikate
Socken, Wolle 0.97, wollstark 0.48
Mil.-Handtücher, 40/95, 1/4 Dtz. 0.66
Monteurjacke o. Hose, blau, je 2.45
Arbeitshos., engl. Led. 3.95, 2.85
Oxford-Oberhemd, m. Kg., Kraw. 2.95
Mil.-Schlaf-Pferdedecke 3.70, 3.20
Aus uns. Schuhwaren-Abt.
Mil. 2-Schnall-Schuh, Holzs. 4.95
Mil.-Art Schnürstief., Rdvoll. 5.90
Sportstief., Vollrdl., Wasserl. 9.85
Inf.-Schaftstief., Rindvolled. 12.85
Auto-Stiefel b. Knie, braun 14.85
Reitstiefel, m. Hinternaht 19.85
Reitstiefel, braun Fettleder 22.80
Fordert Hauptkatalog 113 über Heeresgut, Pferdegeschirre usw. Nachnahmeversand, kein Risiko, Umtausch gestattet. Tägl. Dankschreiben. Ab RM 25.— portofrei.
Deutsche Lederwarenfabrikation
Berlin 207 Rosenthaler Str. 38
Größtes Detailvertriebshaus Deutschlands d. Art. 25 Groß-Filialen, eigene Weberei, daher so billig.
Gegründet 1921.
Großfabrikation

Großer Preisabbau! Prima Gänsefedern aus eigener Mästerei zum Selbstschleißen, dampfgereinigt und entstaubt à M. 2,50, allerbeste Qualität 3,50. Füllfertige Halbdaunen M. 4,—, bis 4,50, 3/4-Daunen 5,50 u. 6,—, reine Daunen von M. 8,— bis 10,—. Geschliss. Federn von M. 3,50 bis 6,50. Muster gratis. Versand erfolgt per Nachnahme, nehme nichtgefallende auf eigene Kosten zurück. Versand von Hafermastgänsen!
Günter Henke, Gänsemästerei,
Neutrebbin 28 (Oderbruch)

FabriKreste
Schürzenstoffe, ca. 120 cm breit, hübsche, moderne Streifenmuster, echt indanthren, bis zu den besten Qualitäten.
1 Pfund = ca. 4—5 Mtr. + Versand geg. Nachn.
Garantie: Umtausch oder Geld zurück.
Wündisch, G. m. b. H.
Textilwaren-Großversand
Augsburg R 351
1 Pfund = 1,95 MK

In Kürze erscheint unser
Bergarbeiter-Taschenkalender 1933
Er kostet in Leinen gebunden und mit Bleistift versehen nur . . 50 Pfennig.
Bestellungen durch den Vertrauensmann an die Buchhandlung
H. Hansmann & Co., Bochum
Wiemelhauser Straße 38-42

Warme Hausschuhe
Filzschlüpfer mit Ledersohle 0.95
Laschenschuhe 36/42 Kamelhaarmut. 1.25
Kragenschuhe wie Bild 1.45
Rein Wolle und Kamelhaar 1.95
Die besten u. billigsten Schuhe, ca. 400 Modelle, zeigt der neue Gratis-Pracht-Katalog
Bettina
Versandabteilung Berlin C 62 Königstraße 43 44

Für Eheleute!
Schwangerschaft?
Die Not unserer Zeit und die sichere Verhütung der Empfängnis. Ein Ratgeber für Eheleute. Mit Abbildungen. Nur RM. 1,80 und Porto.
Versand Hellas, Berlin-Lichterfelde 198.

Spottbillig
trotz hoher Qual. 100 Edelstahl-Rasierklingen M. 2,50
Klingen Böhme, Berlin-Lichterfelde 3.

Stahl- Holz- Betten
Schlafzim. Polst. Stahlmatr. an jeden. Teilz. Kat. fr.
Eisenmöbelfabrik Suhl/Th.

Käse billiger!
9 Pfd. rote Kugeln 3,40
200 Harzer Käse 3,20
4 1/2 Pfd. Kugeln und 100 Harzer 3,30, ab hier.
C. Ramm, Nortorf, Holst. 40

Gummi hyg. Artikel Preisl. B 3. gratis. Neutraler Versand.
„Medicus", Berlin SW 68
Alte Jakobstraße 8.

Billigste neue Gänsefedern
mit Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdaun. 3,50, Edel 3/4 Daun. 4,50, sehr zarte 5,—, gerissene Federn mit Daunen 2,75, 3,25, hochprima 4,25, allerf. 5,50, Ia. Daunen 8,- u. 9,-. Alle Sorten garant. pa. gewaschen u. gereinigt. Postnachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefallend. nehme auf m. Kosten zurück.
Helene Gielisch, Bettfedern-Wäscherei,
Neu Trebbin 19 (Oderbruch). Wriezenerstr. 45a

Delikates Pflaumenmus
dick mit Zucker eingekocht ca. 10-Pfd.-Blecheimer 2,60 ca. 10-Pfd.-Emailleeim 2,90 Preis ab hier gegen Nachn.
Willy Träe, Magdeburg 7
Rothenseerstraße 5.

Auskunft kostenlos wie man von Bettnässen sofort befreit wird. Alter u. Geschlecht angeben.
Dr. med. Eisenbach, München 34, Dachauerstr. 15

Anzeigen
auch die kleinst., haben den denkbar größten Erfolg in der Bergbau-Industrie

Achtung! Sichere Existenz im Hause!
Gesucht werden ehrliche Personen zwecks Errichtung einer Maschinen-Heimstrickerei. Geboten wird laufende Beschäftig. für uns zu hohen Preisen. Kein Risiko und keine Vorkenntnisse erforderl. Verl. Sie sofort unverb. Auskunft
Fr. J. Kerstian & Co., Berlin-Halensee 180.

Versand direkt an Private
Größtes Musikinstrumenten-Vers. Gesch. Deutschlands. 30000 Dankschreiben!
ALLES BILLIG DIREKT AB FABRIK
BEZW. SPEZ. VERS. GESCH.
Günstige Ratenzahlungen Umtausch b. Nichtgefallen
Jedes Instrument 8 Tage zur Probe!
Platten 25 cm. Mk. 1,50
Aufträge v. Mk. 10,- an portofrei
Verlangen Sie sofort gratis unseren Hauptkatalog.
Meinel & Herold, Klingenthal 146
Musikinstrumente-, Sprechapparate- u. Harmonikafabrik.

Togal
Über 6000 Ärztegutachten! In allen Apotheken M. 1.25
unübertroffen bei
Rheuma / Gicht
Kopfschmerzen
Ischias, Hexenschuß u. Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientötend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

HONIG
garant. rein. Bienen-Blüten-Schleuder, das Allerfeinste, was die Bienen erzeugen. Dose 9 Pfd. Inh. M. 9,60, 4 1/2 Pfd. Inhalt M. 5,60 frei Nachn. Garant. Zurückn.
Carl Scheibe,
Honiggroßhandl. u. Imkerei, Oberneuland 526 Bez. Br. Silberne Medaille 1931

Pflaumenmus
Thüring. Ritter, zuckergesüßt, 10-Pfd.-Eimer M. 3.— ab hier, Nachnahme. Viele tausende Nachbestellungen.
Otto Ritter, Schölen i. Th. 63, Pflaumenmusfabr.

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Kat. grat. J. Brendel Limburgerhof 26. Pfz.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre
Gute Taschenuhr nur M. 1,80
Nr. 3 Herren-Anf.-Uhr vernick. M. 1,80
Nr. 4 versilb. m. Goldr., Scharn. . 2,90
Nr. 5 m. bess. Werk, flach. Form . 3,50
Nr. 6 Sprungdeckeluhr, vergold. eleg. Gehäuse gutes Werk . 5,40
Nr. 7 Damenuhr, versilb. . . . 3,00
Nr. 8 Armb.-Uhr m. Riem. vern. . 2,90
Nickelkette M. 0,30. Doppelkette, g. vergold. 2,3 Gar. M. 1,—, Kapsel M. 0,25.
Wecker, Ia Messingwerk . . . 1,95
Jede Uhr hat ein 36 stündiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme Katalog gern gratis.
Uhrenhaus Fr. Heinecke, Braunschweig 55, Geiststr. 3
Jahresumsatz ca. 15000 Uhren nach allen Ländern der Welt

Sächsische Bettfedern-
Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 79
Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4
sendet Ihnen nur allerbeste streng reelle Qualitäten
Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpr.
Ferner prima BETT-INLETT
Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umsonst und portofrei.

Schriftleitung: Peter Zimmer; verantwortlich für den Textteil: J. Triem; für den Inseratenteil: Wilh. Kauermann, Bochum. — Druck von H. Hansmann & Co., Bochum.